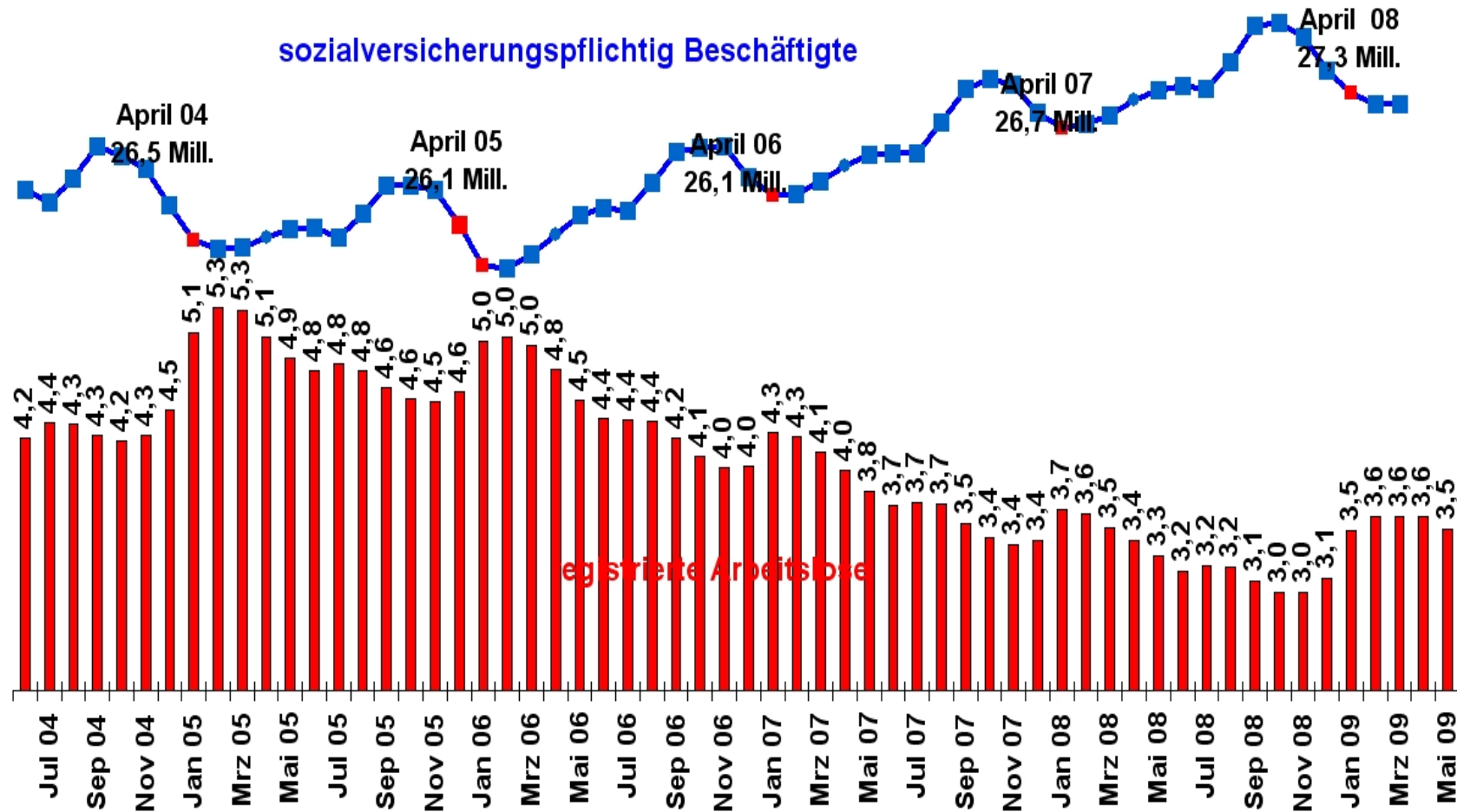


Auswirkungen der Wirtschafts- und Finanzmarktkrise auf die öffentlichen Haushalte

Übersicht

1. Wie weiter auf dem Arbeitsmarkt? – Kosten der Arbeitslosigkeit
2. Historischer Wachstumseinbruch
3. Steuerschätzung, Staatsausgaben und -einnahmen, privater Reichtum
4. Schuldenbremse im Grundgesetz
5. Alternativen

1. Wie weiter auf dem Arbeitsmarkt?

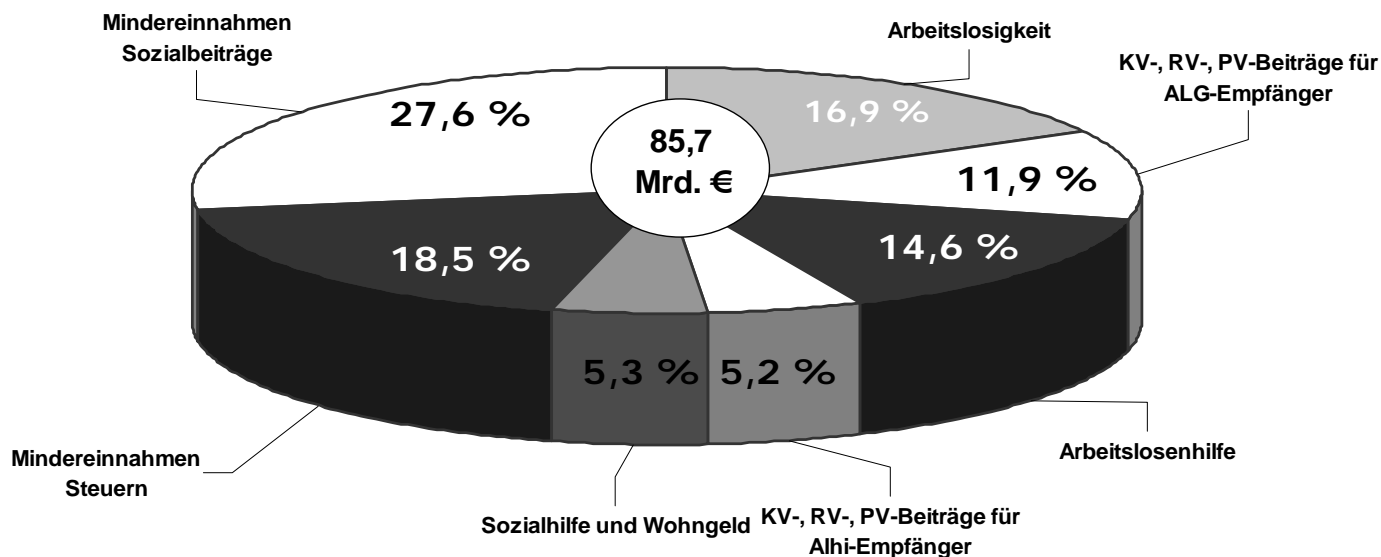


Quelle: Bundesagentur für Arbeit, Juni 2009

Kosten der Arbeitslosigkeit (1)

Gesamtfiskalische Ausgaben und Mindereinnahmen
durch Arbeitslosigkeit 2004

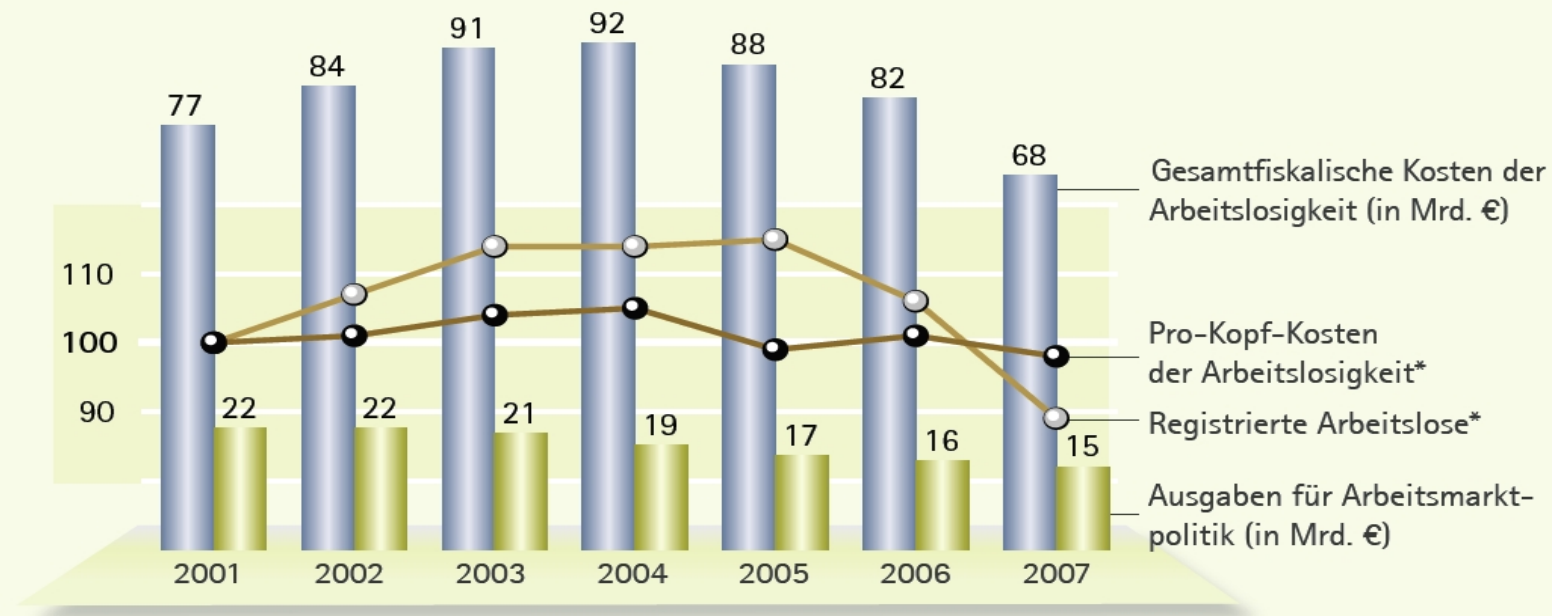
Deutschland Gesamt



Quelle: Berechnungen des IAB (Arbeitsbereich VI/2)

Kosten der Arbeitslosigkeit (2)

Gesamtfiskalische Kosten der Arbeitslosigkeit und Ausgaben für Arbeitsmarktpolitik 2001 bis 2007

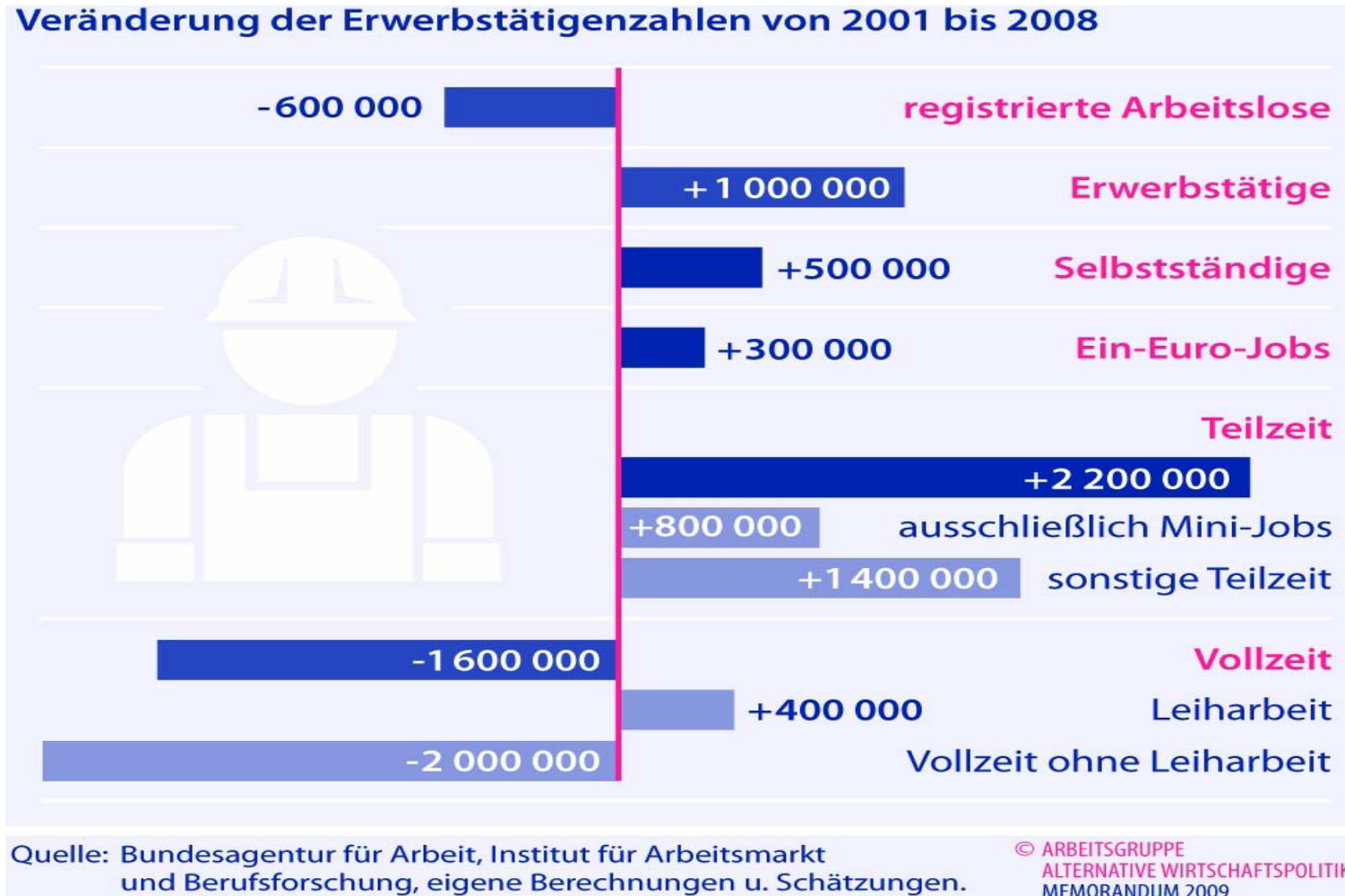


* Indexwerte (2001 = 100)

Quelle: Bundesagentur für Arbeit, Berechnungen des IAB

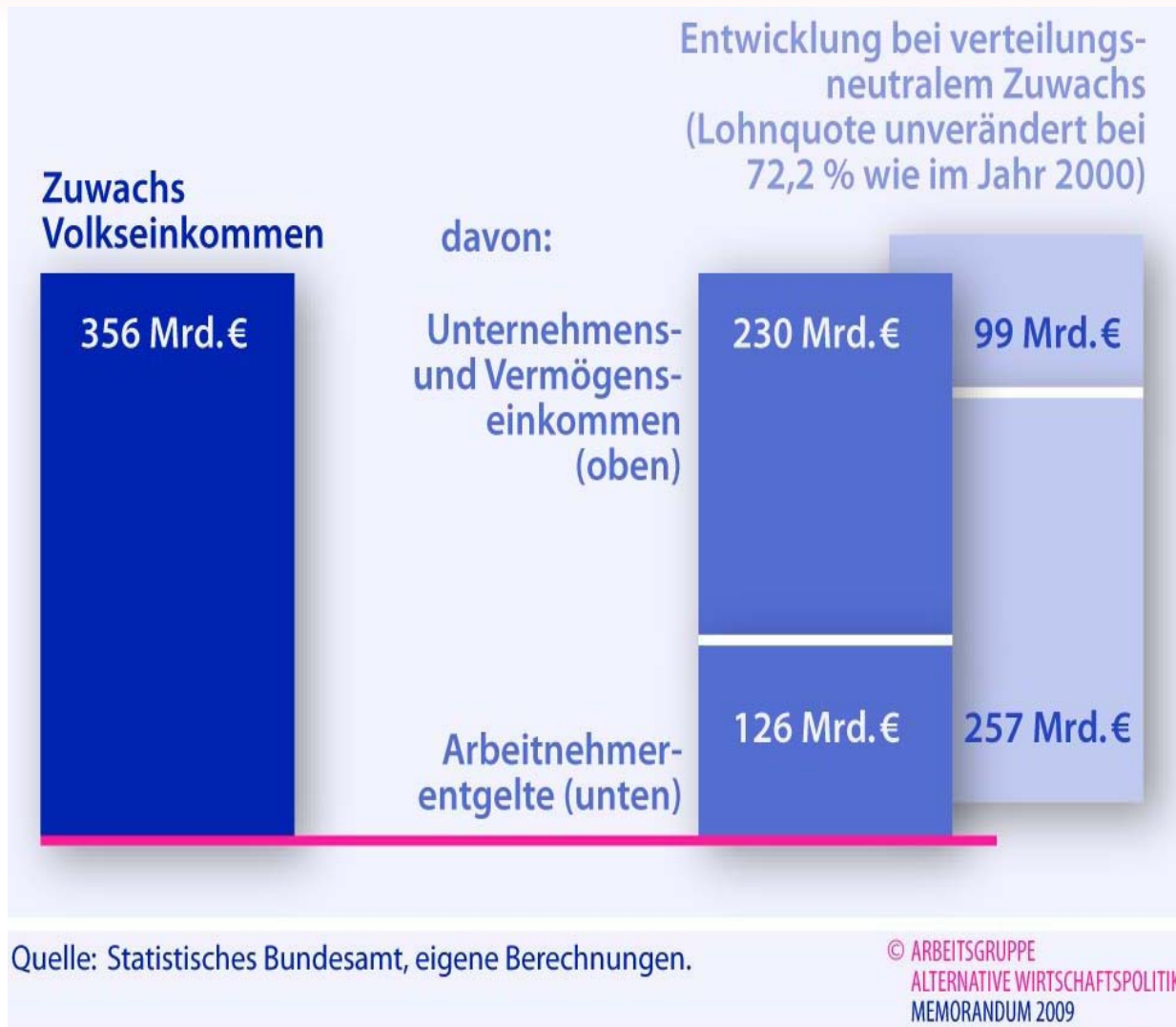
© IAB

Mehr Beschäftigung vor der Krise – aber was für welche?



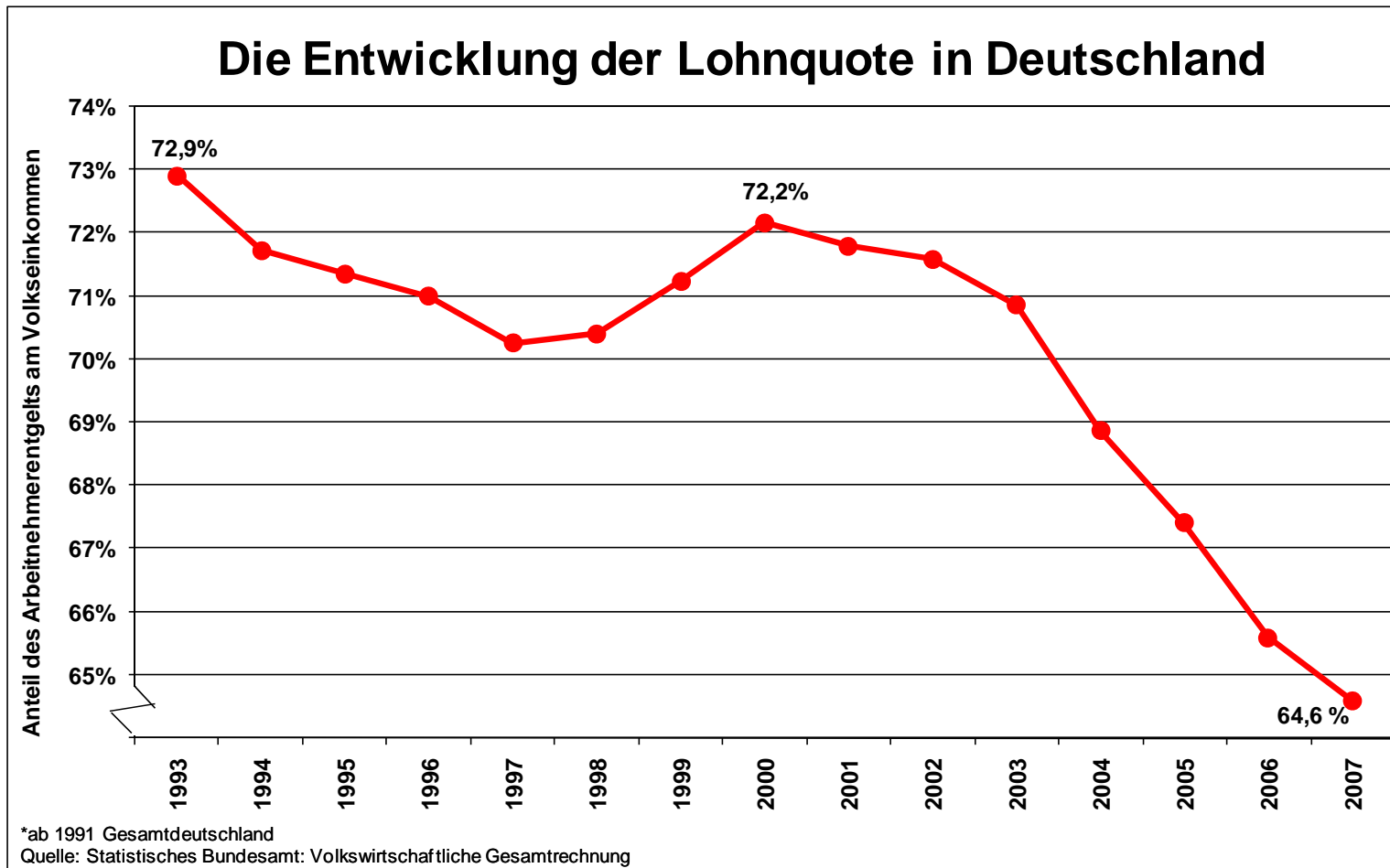
Wenig für viele – viel für wenige

Verteilung des Volkseinkommens 2000 – 2008

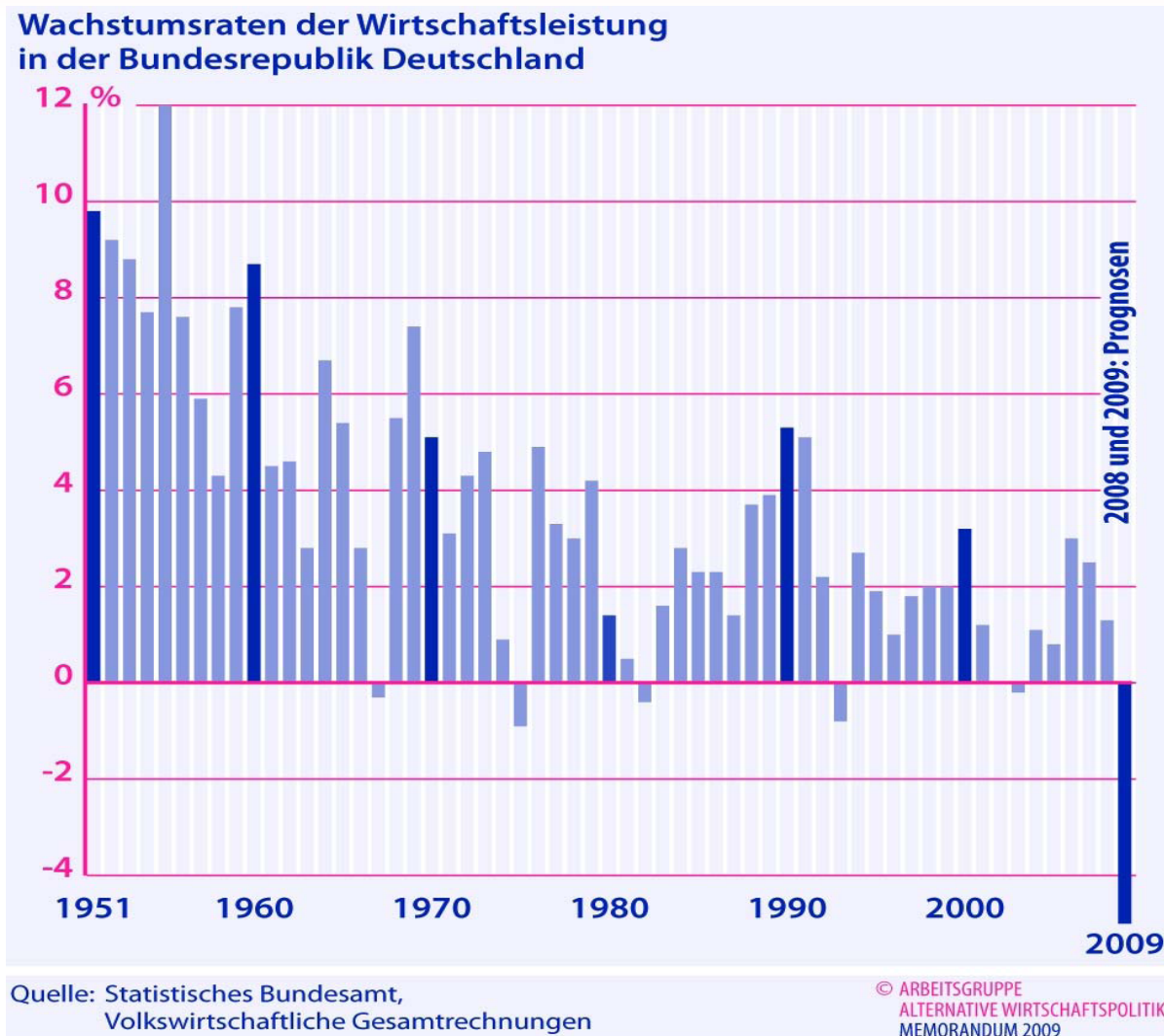


Absturz der Lohnquote

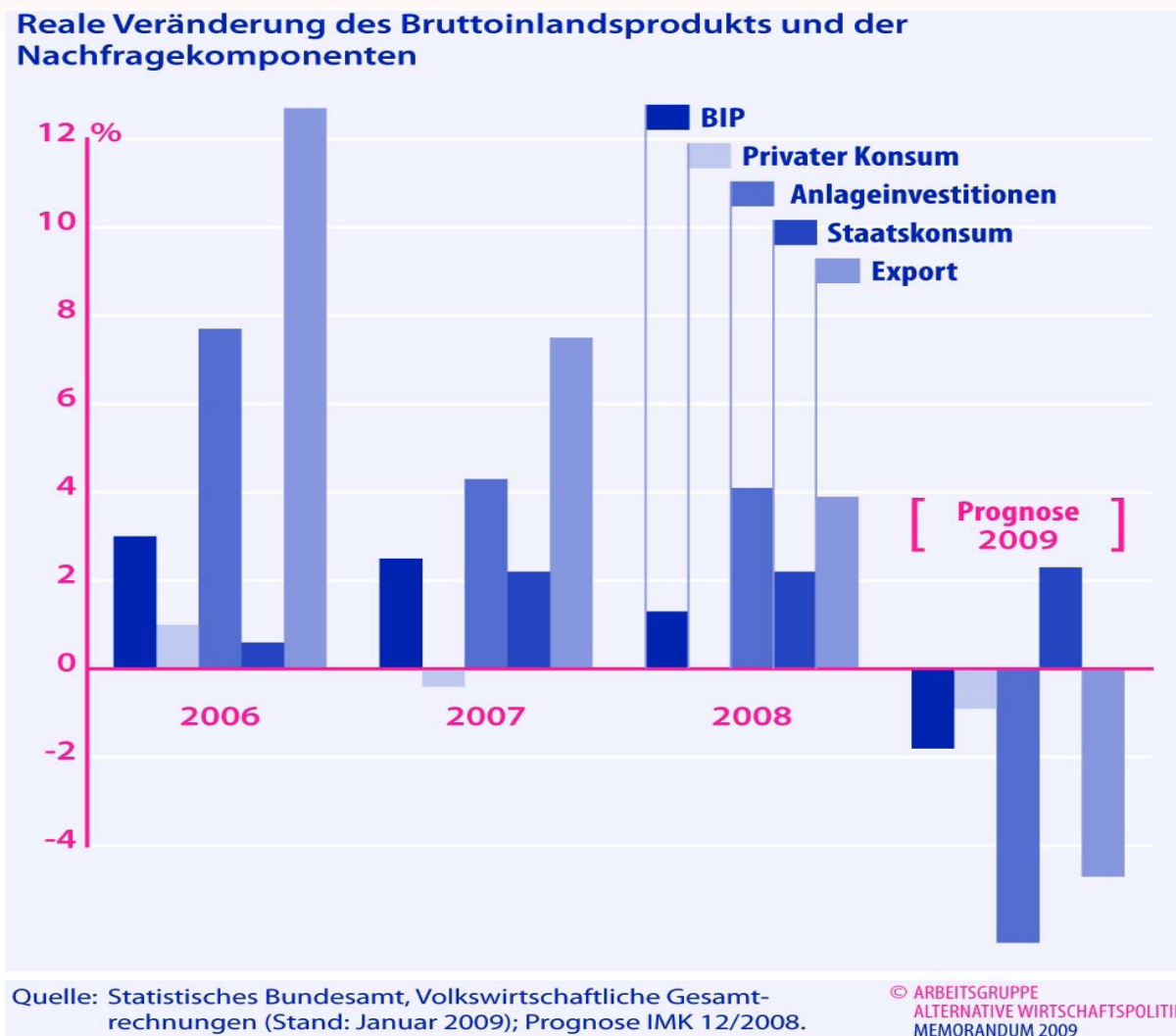
Anteil der Arbeitnehmerentgelte am Volkseinkommen



2. Historischer Wachstumseinbruch



Der Weg in die Krise

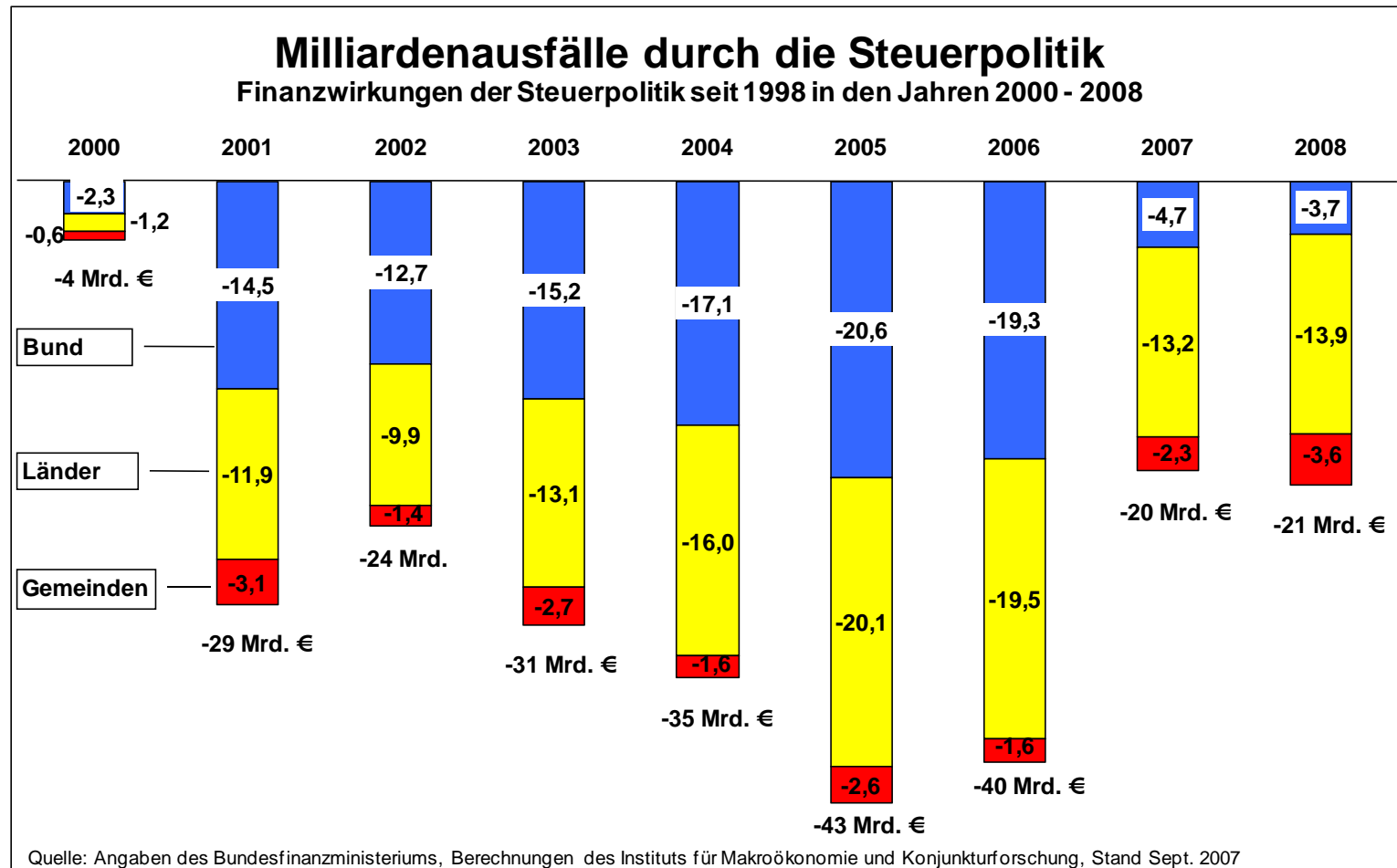


3. Steuerschätzung vom Mai 2009

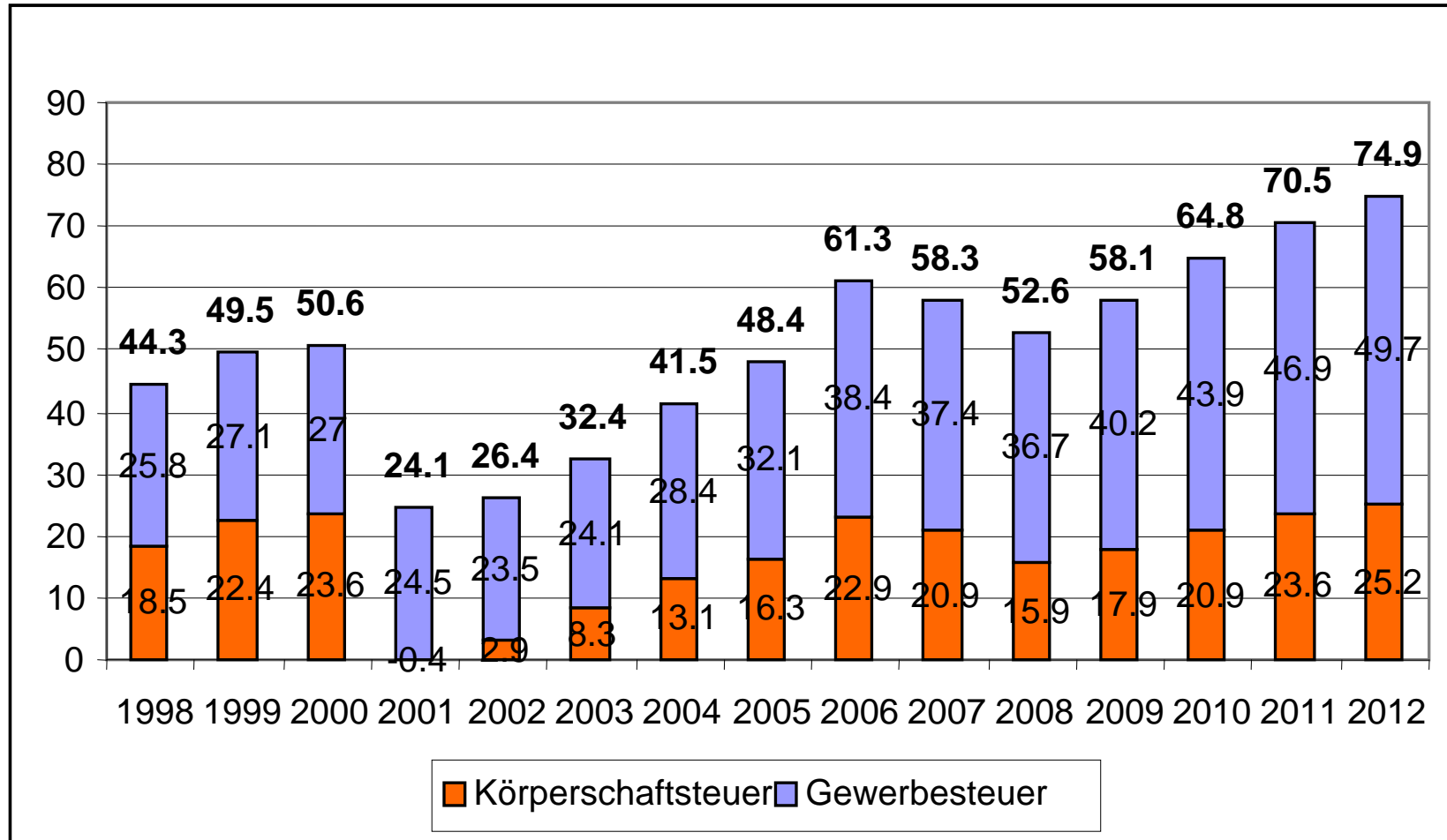
(Annahmen BIP: 2009 -5,3%, 2010 +1,2%, 2011 ff +3,3%)

	Ist 2008	Schätzung 2009	Schätzung 2010	Schätzung 2011	Schätzung 2012	Schätzung 2013
Bund (Mrd. €)	239,2	225,5	214,7	222,6	232	241,3
Veränderung zum Vorjahr in %	3,9	-5,7	-4,8	3,6	4,2	4
Länder (Mrd. €)	221,9	209	201,5	206,7	216,5	225
Veränderung zum Vorjahr in %	4,1	-5,8	-3,6	2,6	4,8	3,9
Gemeinden (Mrd. €)	77	70,3	67,6	70,5	75,1	80
Veränderung zum Vorjahr in %	5,9	-8,7	-3,8	4,3	6,6	6,5
EU (Mrd. €)	23,1	22,3	26,6	26,9	28,4	28,9
Veränderung zum Vorjahr in %	3,7	-3,3	19,3	1,1	5,5	1,7
Insgesamt (Mrd. €)	561,2	527	510,4	526,7	552	575,1
Veränderung zum Vorjahr in %	4,3	-6,1	-3,1	3,2	4,8	4,2

Öffentliche Armut



Entwicklung wichtiger Unternehmensteuern nach der Reform (Plan der Regierung)



Quelle: Gesetzentwurf

Entwicklung der Staatsausgaben und -einnahmen

Durchschnittliche jährliche Veränderung in Prozent

	1996-2005	2000-2005
Ausgaben		
Staat insgesamt	1,4	1,3
darunter Konsumausgaben	1,4	1,4
darunter Bruttoanlageinvestition	- 2,7	- 3,9
Einnahmen		
Staat insgesamt	1,4	0,4
darunter Steuereinnahmen	1,8	- 0,2
darunter Sozialvers.-Beiträge	1,2	1,0
BIP, nominal	2,0	1,7

Quelle: Sachverständigenrat: Sondergutachten Staatsverschuldung wirksam bekämpfen – eine andere Meinung

Entwicklung der Staatsausgaben und –einnahmen nach Ländern¹

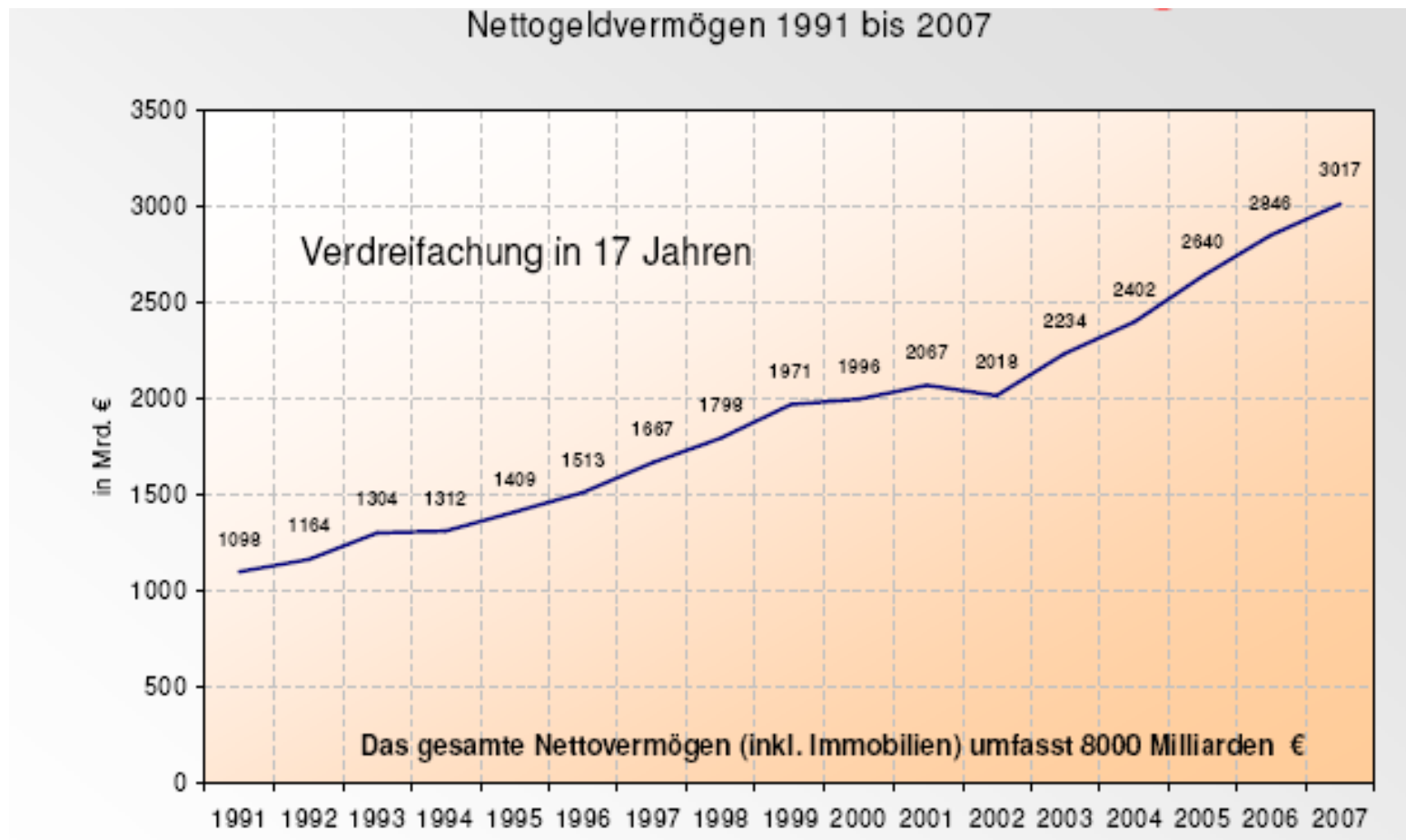
Durchschnittliche jährliche Veränderung in Prozent

	Ausgaben ²⁾		Einnahmen ²⁾	
	1996-2005	2000-2005	1996-2005	2000-2005
Baden-Württemberg	1,4	0,9	1,6	0,2
Bayern	1,0	1,1	1,3	- 0,2
Berlin	- 0,5	0,4	0,9	- 0,2
Brandenburg	- 0,3	- 0,9	0,7	- 0,5
Bremen	0,1	- 2,0	- 3,2	- 5,9
Hamburg	0,7	0,6	1,3	1,3
Hessen	0,6	- 0,8	1,0	- 1,0
Mecklenburg-Vorpommern	- 1,5	- 0,5	- 0,3	- 0,6
Niedersachsen	1,0	0,8	0,2	- 1,0
Nordrhein-Westfalen	1,6	1,8	1,0	- 0,1
Rheinland-Pfalz	0,5	0,5	0,7	- 0,2
Saarland	0,1	- 0,0	- 3,4	- 5,8
Sachsen	- 0,4	- 0,7	0,2	- 0,7
Sachsen-Anhalt	- 0,2	- 0,7	0,0	- 1,3
Schleswig-Holstein	1,4	2,0	0,6	- 1,0
Thüringen	- 0,7	- 1,3	- 0,4	- 2,1

1) In der Abgrenzung der Finanzstatistik; ohne Gemeinden und Gemeindeverbände sowie Zweckverbände. – 2) Ohne Krankenhäuser und Hochschulkliniken mit kaufmännischem Rechnungswesen.

Quelle: Sachverständigenrat: Sondergutachten Staatsverschuldung wirksam bekämpfen – eine andere Meinung

Privater Reichtum: Deutsches Geldvermögen



Quelle: Statistisches Bundesamt

Zukunftsinvestitionsprogramm – Überblick

75 Mrd. jährlich für:

- Bildung (30)
- Umwelt und kommunale Infrastruktur/
Daseinsvorsorge (25)
- Bahninfrastruktur (15)
- Kultur (5)

So viel fließt in die Staatskasse:

- Finanztransaktionsteuer: 10 Mrd.
- Vermögensteuer: 15 Mrd.
- Erbschaftsteuer: 5 Mrd.
- Unternehmen- und
Gewerbesteuerreform: 15 Mrd.
- Verbesserung Steuervollzug: 10 Mrd.
- Selbstfinanzierung: 20 Mrd.

Das kommt zusammen: 75 Mrd.

4. Schuldenbremse im Grundgesetz

Ergebnisse der Föderalismuskommission II

- Länder: ab 2020 im Regelfall überhaupt keine Kredite
- Bund: ab 2016 Kredite nur noch in Höhe von 0,35 Prozent des BIP

Schuldenbremse

Investitionsbremse und Generationenbetrug

- Aus Schulden kann man sich nicht heraussparen. Man muss herauswachsen. Die Schuldenbremse verhindert das.
- Die Schuldenbremse ist generationenungerecht, weil sie den folgenden Generationen massive Kürzungszwänge auferlegt.
- Wissenschaftlicher Appell: Die Schuldenbremse gefährdet die gesamtwirtschaftliche Stabilität und die Zukunft unserer Kinder:
www.boeckler.de/pdf/imk_appell_schuldenbremse.pdf

5. Alternativen

- Zurückhaltung bei Steuerentlastungen/ Steuersenkungsbremse
- Zielvorgaben für Schuldenstandsquote, Staatsquote und Steuer- und Abgabenquote
- Goldene Regel: Öffentliche Investitionen können durch Kredite finanziert werden
- Erweiterte goldene Regel: Auch Ausgaben für Bildung, Forschung und Umweltschutz sind Investitionen
- Bildung: Gemeinschaftsfinanzierung von Bund und Ländern mit 7 Prozent des BIP (ohne Ausgaben für Berufsausbildung)

Gesamtschau der WIRTSCHAFTSPOLITISCHEN ALTERNATIVEN

1. Gesetzlicher Mindestlohn und mindestens verteilungsneutrale Einkommenspolitik
2. Gute Arbeit – Gutes Leben:
Prekäre Arbeitsverhältnisse abschaffen
3. Sozial-ökologisches Zukunftsinvestitionsprogramm
4. Arbeitszeitverkürzung
5. Armutsfeste Grundsicherung
6. Re-Regulierung der Finanzmärkte und Wirtschaftsdemokratie
7. Neue Weltwirtschaftsordnung